

Medienmitteilung zu den Abstimmungsvorlagen am 13. Juni 2021

Der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen fasste folgende Parolen:

Nein zu den eidgenössischen Vorlagen und mehrheitlich Ja bei den kantonalen Vorlagen:

Einstimmig Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung»

Bereits im aktuellen BV-Art.104,1 wird verlangt, dass der Bund dafür sorgt, dass die Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser versorgt wird. Der Ausschluss von Direktzahlungen könnte zu geradezu unbeabsichtigten Entwicklungen führen, weil dann die Landwirte wieder selber bestimmen können, was und wieviel und wovon sie einsetzen. Auch die Bestimmung, dass das Tierfutter vom eigenen Betrieb stammen muss, ist nicht nur bei Geflügelbetrieben selten gegeben. Das würde zudem bedeuten, dass nicht einmal von einem anderen schweizerischen Betrieb Futter abgekauft werden kann. Damit wird die schweizerische Versorgung mit Grundnahrungsmitteln wesentlich reduziert, ja gefährdet und verteuert.

Einstimmig Nein zu «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

Auch das absolute Verbot von synthetischen Pestiziden für die landwirtschaftliche Produktion und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse geht zu weit. Wenigstens will man gleiche Bedingungen schaffen für Importe. Doch dies dürfte die Lebensmittelpreise massiv verteuern und die ausreichende Versorgung mit Grundnahrungsmitteln könnte richtiggehend gefährdet werden.

Einstimmig Nein zum Covid-19-Gesetz

Dieses legitimiert das Notrechtsregime und die Macht des Bundesrats und dessen Befugnisse, indem diverse Grundrechte eingeschränkt oder ganz genommen werden. Die Verhältnismässigkeit ist in keiner Weise gegeben und die Kollateralschäden dürften ein Vielfaches höher sein als die Gefährlichkeit des Virus. Die Wirksamkeit der einzelnen Massnahmen ist nicht erwiesen. Über Verordnungen werden die Überwachung und ein indirekter Impfwang vorangetrieben. Die Entschädigungen für die angerichteten wirtschaftlichen Schäden können auf anderem Weg weitergeführt werden bei gutem Willen.

Einstimmig Nein zum CO2-Gesetz

Die vorgesehenen Lenkungsabgaben bedeuten mehr Bürokratie, mehr Verbote und eine Verteuern des Lebens. Diese treffen vor allem die Landbevölkerung und die ärmere Bevölkerung. Alternative Energien sollen freiheitlich auf privater Basis weiter vorangetrieben werden. Dabei ist die Schweiz bereits vorbildlich unterwegs. Die Schweiz kann damit weder erwiesenermassen das Klima noch den CO2 Gehalt der Luft beeinflussen.

Nein bei Enthaltungen zu polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus

Insbesondere der Artikel 23e, Abs. 2: «Als terroristische Aktivität gelten Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen» gibt Anlass zur Sorge. Was wird unter der Verbreitung von Furcht und Schrecken verstanden? Das ist sehr schwammig und kann sich je nach Einordnung der öffentlichen Meinung/Medien auch gegen «Andersdenkende» richten, welche vor den Folgen gewisser Entwicklungen warnen.

Kantonale Vorlagen:

Ja zum Kantonsratsbeschluss über einen Nachtragskredit zum Sonderkredit Förderungsprogramm Energie 2021–2025.

Es ist unschön, dass man fast genötigt wird zuzustimmen, weil sonst Bundesgelder entgehen. Dabei sollten der Bund und der Kanton sparen, etwa wegen den Covid-19-Mehrausgaben. Aber das beschlossene Energiekonzept schreibt vor, dass in Zukunft weniger Energie verbraucht wird und das ist sinnvoll. Dazu wollen die zunehmende Elektrifizierung von Autos und Velos sowie diverse Digitalisierungen nicht so recht passen.

Wir sind auch für Umweltschutz. Es braucht den Ausbau erneuerbarer Energie wegen dem Atomausstieg. Finanzielle Belastungen werden dank Förderbeiträgen für Private und die Wirtschaft gesenkt. Positiv: Es ist ein Anreizsystem zu dem niemand gezwungen wird.

Ja zum Kantonsratsbeschluss Erhöhung des Eigenkapitals der Spitalregion Fürstenland Toggenburg in Form einer Bareinlage und einer Umwandlung von Kontokorrent-Darlehen.

Bei einem Nein zum Sanierungsbeitrag droht der SRFT die Zahlungsunfähigkeit und der Leistungsauftrag für die Gesundheitsversorgung wäre gefährdet. Die Sanierungsbeiträge sind auf alle Fälle nötig und man kann sich fragen, ob für die Gewährleistung des Service Public im Gesundheitsbereich die Übernahme von Defiziten nicht eine Normalität sein sollte. Das soll nicht heissen, dass Kosteneffizienz uns nicht wichtig ist. Leider gibt es auch eine Reihe von Massnahmen wie nicht kostendeckende Tarife und falsche Anreizsysteme, welche zu den heutigen Notständen in kleineren Spitälern beigetragen haben.

Ja zum Kantonsratsbeschluss über die Gewährung von Beiträgen für die Notfallversorgung.

Da wir bei diesen Abstimmungen nicht die Möglichkeit haben, grundsätzliche bewusst herbeigeführte Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen zu korrigieren, sind wir für die Weiterentwicklung der Strategie der Spitalverbunde und der damit verbundenen Erhöhung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen um 21 Mio Franken, da diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen nicht über die Spitaltarife abgegolten werden und von der öffentlichen Hand übernommen werden müssen. Dazu gehörende Beiträge für Lehre und Forschung und unter anderem Beiträge für eine Notfallinfrastruktur rund um die Uhr sind wohl unverzichtbar.

Stimmfreigabe zum Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über die Erneuerung und Erweiterung des Spitals Wattwil.

Die Stimmberechtigten hatten am 30. November 2014 der Erneuerung und Erweiterung des Spitals Wattwil für 85 Mio. Franken zugestimmt.

Gestützt auf die Beschlüsse zur Spitalstrategie soll nun das Spital Wattwil in ein Gesundheits-, Notfall- und Kompetenzzentrum für spezialisierte Pflege (GNP) umgewandelt werden. Für das Bauprojekt am Standort Wattwil wurden bereits Investitionen von rund 63 Mio. Franken getätigt. Bei einem Nein muss das Spital für weitere 22 Mio. Franken fertig ausgebaut werden. Und ja, dies erscheint unsinnig, da damit nicht der Weiterbetrieb des Spitals verbunden ist. Doch wurde dieses Vorgehen von dem Regierungs- und Kantonsrat so erzwungen, weil dem Volk keine andere Möglichkeit blieb, um sich für den Erhalt des Spitals Wattwil einzusetzen. Es wurde nämlich bewusst verhindert, dass das Referendum gegen die Spitalschliessung ergriffen werden konnte. Auch der Verkauf an die Solviva AG wurde so eingefädelt, dass das Referendum wegen der zu kleinen Summe - 10 Mio Franken - nicht ergriffen werden konnte. Damit fühlt man sich als Toggenburger veräppelt. Wo sind wir gelandet, wenn theoretisch das Volk der Souverän ist, dieser aber nur noch über gewisse Finanzen entscheiden kann, aber nicht mehr über Vorlagen, die von den Auswirkungen her viel einschneidender sind?

Es ist vorgesehen, den Gebäudekomplex (einschliesslich Grundstück) des Standorts Wattwil an den Betreiber des GNP zu veräussern. Ja, die Solviva AG scheint Erfahrung damit zu haben, zu Spotpreisen Spitäler zu erwerben und zu rentableren Pflegeeinrichtungen umzuwandeln. Der Kanton verscherbelt das Spital, zugleich sollen sich die Spitalregion und die Psychiatrie wieder einmieten und dem Privatinvestor sichere Einnahmen beschere. Auch soll auf Kosten des Spitals Wattwil das Spital Wil rentabler werden. Was, wenn auch dem Spital Wil nach ein paar Jahren die Schliessung droht?

Das Toggenburg ist weitläufig und speziell auf das Spital angewiesen. Das Spital gehört zum Service Public. Die Grundversorgung muss nicht in erster Linie rentieren, sondern der Bevölkerung dienen. Leider wurden in den vergangenen Jahren verschiedene falsche Weichen gestellt, welche es zusätzlich erschweren, kostendeckend abzurechnen.

Ein Nein müsste der Kantonsrat und Regierungsrat als Ja für den Erhalt des Spitals Wattwil akzeptieren und entsprechend die Strategie ändern. Ein weiterer Ausbau und trotzdem eine Schliessung des Spitals würde von der Bevölkerung überhaupt nicht verstanden.